GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Zukunft der Frauenprojektepolitik

Sellach, Brigitte

1993

https://doi.org/10.25595/838

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sellach, Brigitte: *Die Zukunft der Frauenprojektepolitik*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 16 (1993) Nr: 35, 31-42. DOI: https://doi.org/10.25595/838.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Feminis-muß

35

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Feminis-muß

35

1. Auflage 1993
Eigenverlag des Vereins Beiträge zur feminiestischen Theorie und Praxis e. V., Köln
Satz: DTP-SatzService Eul-Gombert, Bergisch Gladbach
Druck: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

16. Jahrgang (1993) Heft 35

Redaktion: Ute Annecke, Heidrun Ehrhardt, Asgedet Ghirmazion, Carola Möller, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich, Anja Wollny
Redaktionelle Mitarbeit: Marlies Fröse

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Gaby Beckmann, Melanie Beyer, Barbara Bolder, Brigitte Erdweg, Frauen gegen Antisemitismus, Marlies Fröse, Ulrike Hänsch, Jessica Jacoby, Dörthe Jung, Renate Kreile, Lena Laps, Anne Lütkes, Karin Meinl (kam), Carola Möller, Luise. F. Pusch, Brunhilde Sauer-Burghard, Christina Schenk, Christiane Schindler, Brigitte Sellach, Rita Seppelfricke, Henny Taraschewski, Arzu Toker, Barbara Walker, Christa Wichterich

Die „beiträge" erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 27 DM 19,–, Doppelheft DM 34,–, Abonnement (jeweils 3 Nummern) DM 48,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitfrauenabonnement DM 45,– zuzügl. Anteil Porto- und Verpackungskosten (für die Hefte 8–25/26 gelten die alten Preise, rückwirkende Abonnements bis einschließlich Heft 25/26 drei Nummern für 38,– DM). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 84 90; FAX: 0221/139 01 94; Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530-500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer-Str. 231, 65199 Wiesbaden, Tel.: 0611/41 07 80; FAX: 0611/41 06 19

INHALT

Editorial 5

Feminis-muß

Ulrike Hänsch
Frauenprojekte im Zustand kollektiver Ermüdung
und erfolgsorientierter Anpassung 9

Carola Möller, Marlies Fröse
Der Staat reicht die Scheidung ein 17

Barbara Bolder, Anne Lütkes, Carola Möller, Rita Seppelfricke
Frauenhaus Köln:
Politische Arbeit oder Dienstleistung für den Sozialstaat 25

Brigitte Sellach
Die Zukunft der Frauenprojektepolitik 31

Luise F. Pusch
Wenn aus Schwestern Mütter werden:
Die Frauenbewegung im reiferen Alter 43

Dörthe Jung
Abschied zu neuen Ufern – Frauenpolitik in der Krise 47

Jessica Jacoby
Die Metamorphosen der Fledermäuse
Eine tragische Komödie im antikisierenden Stil 55

Frauen gegen Antisemitismus
Der Nationalsozialismus als Extremform des Patriarchats
Zur Leugnung der Täterschaft von Frauen und zur
Tabuisierung des Antisemitismus
in der Auseinandersetzung mit dem NS 77

Barbara Walker
Ohne Titel:
Redebeitrag zum Thema „Alltäglicher Rassismus" 91

Melanie Beyer
Freundinnen der multikulturellen Gesellschaft 97

Brunhilde Sauer-Burghard
„Frauenrechtlerinnen sind Instrumente des Satans"
Protestantische Fundamentalisten gegen Feministinnen 105

Arzu Toker
Eurozentristisches Feindbild oder Kritik am Islam? 115

Renate Kreile
EMMA und die „deutschen Frauen":
„an's Vaterland, an's teure, schließt euch an ..." 123

Christina Schenk, Christiane Schindler
Frauenbewegung in Ostdeutschland –
eine kleine Einführung 131

Christa Wichterich
Von Rosen zu kleinen Brötchen
Zur Förderungspolitik von Frauenprojekten
in der Entwicklungshilfe 147

Lena Laps
Dissonanzen: Lesben Geschlecht Sexualität –
Welche Freiheit? 157

Vorankündigung Heft 36 166

Autorinnen 167

Brigitte Sellach

Die Zukunft der Frauenprojektepolitik[1)]

„Die Stadt Frankfurt streicht noch im laufenden Haushaltsjahr eine halbe Million DM aus dem Frauenprojektetopf", „ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) werden weiter gekürzt", „mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) wird die Finanzierung der beruflichen Fort- und Weiterbildung heruntergefahren", „Kulturhaushalt auf dem Prüfstand", dies sind tägliche Meldungen in der Presse, mit denen Regierungen und Parteien einschneidende Sparmaßnahmen ankündigen. Die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten verbunden mit einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hat den Prozeß des Abbaus von staatlich geförderten sozialen und kulturellen Leistungen und Angeboten verstärkt und beschleunigt, ein Prozeß, der schon vorher erkennbar war, z.B. in der öffentlichen Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen, um die Erhöhung der Sozialhilfe oder bei den Novellierungen des AFG. In dieses „Herunterfahren" staatlicher Förderung sogenannter nicht-produktiver Arbeit sind Frauenprojekte immer einbezogen, von den Maßnahmen sind die Frauenprojekte also in ihrer ökonomischen Existenz bedroht.
Vor diesem Hintergrund gehe ich der Frage nach der Zukunft der Frauenprojektepolitik nach, weil die innovative Arbeit, die in den Frauenprojekten heute geleistet wird, als wichtiges „Kapital" für die Stärke und die Überzeugungskraft der Frauenbewegung in der Zukunft anzusehen ist. Meinen Überlegungen liegt zugleich die These zugrunde, daß die Zukunft für die Frauenprojekte nicht in ihrer ausschließlichen Orientierung an „Vater" Staat liegen kann, denn Väter waren gegenüber ihren Kindern noch nie besonders verläßlich, sondern daß die Projekte für die Durchsetzung berechtigter Fraueninteressen ihre alternativen Konzepte weiterentwickeln müssen. Mir geht es dabei um mehr als nur um das Überleben der Projekte in einer schwierigen Zeit; ihre innovativen Ansätze, die in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinwirken, müssen gestärkt und verbreitert werden, trotz oder gerade in der Krise. Der verständliche Wunsch nach „eine(r) durch großzügige Regelfinanzierung honorierte(n) Anerkennung unserer Arbeit, ohne die dieses Land sicher ärmer wäre," (Krieger 1993, S. 130) wird auch in Zukunft wie schon bisher nur mit der eigenen harten Anstrengungen abzusichern sein.

Im folgenden beschäftige ich mich daher zuerst mit der Entstehungsgeschichte der Projekte, um die Wurzeln ihres Erfolgs bestimmen zu können, und frage dann nach dem gegenwärtigen Stand der Frauenbewegung und ihrem politischen Umfeld, um daraus schließlich einige Grundlagen für die Weiterentwicklung ihrer Konzepte anzureißen. Bei meinen Überlegungen kommen mir meine vielfältigen Erfahrungen in Wissenschaft und Praxis zugute: ich habe sie u.a. bei der Gründung und während der eigenen beruflichen Tätigkeit in Frauenprojekten gewonnen, zum anderen aus meiner politischen Tätigkeit als Stadtverordnete in Frankfurt, wo ich in Opposition und Koalition für die Durchsetzung der öffentlichen Finanzierung von Frauenprojekten stritt, und schließlich aus einem Regierungsamt, in dem ich mich als Lobbyistin für die Frauenprojekte verstanden und für ihre Anerkennung und Förderung in Politik und Verwaltung vehement eingesetzt habe. Damit habe ich mich zwischen alle Stühle gesetzt. In der Politik galt ich einigen Frauen als zu radikal in der Frauenfrage und als zu lobbyistisch zugunsten der Frauenprojekte, einzelne Frauenprojekte wiederum meinten, daß ich ihnen mit meinen Entscheidungen im Ministerium in den Rücken gefallen sei, wiederum andere hielten nichts von meiner Forderung nach Professionalisierung in den Frauenprojekten.

Die Wurzeln der Frauenprojekte

Die Fraueninfrastruktur, die die Projekte bilden, ist das Ergebnis einer lebendigen, sehr aktiven Frauenbewegung. Sie ist auf der Grundlage einer Analyse der weiblichen Lebensverhältnisse, den Formen der männlichen Gewalt gegen Frauen, ihrer Ausgrenzung aus den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und ihren Diskriminierungen einerseits und einem prekären Erwerbsarbeitsmarkt für qualifiziert ausgebildete Frauen unterschiedlicher Fachrichtungen andererseits entstanden. Ihre „Arbeit zielt ab auf die gesellschaftliche Anerkennung der sichtbaren und unsichtbaren Arbeit von Frauen und ihrer wirtschaftlichen Absicherung, auf die Wahrung der körperlichen Integrität von Mädchen und Frauen, auf die Respektierung weiblicher Identität und auf die Öffnung aller gesellschaftlichen Räume für Mädchen und Frauen" (Sellach 1987, S. 7)[2]. Im Aufbau der Projekte setzten die Initiatorinnen auf „unkalkulierbare Risikofreude, Abenteuerlust und kreatives Querdenken" (Brückner 1993, S. 237).
Die Arbeit der Frauenprojekte ist sehr vielfältig, sie reicht von der Beratung von Frauen, die Opfer männlicher Gewalt und Sexualität sind, über Bildungsarbeit, Gesundheitsberatung und alternative Geburtshilfe, Existenzgründungskurse, Frauenforschung oder die Herausgabe von Zeitschriften bis hin zur Förderung von weiblicher Kunst und Kultur. Auch Migrantinnen konnten sich in diesem Kontext ihre Orte schaffen, an denen sie neben der notwendigen Sozialberatung auch Kultur- und Bildungsarbeit leisten. Die Frauenprojekte bieten Alternativen zu den in allen Medien, Erziehungsinstitutionen, Kirchen und auch politischen Parteien und Gewerkschaften tradierten Frauenbildern und den Formen traditionellen Frauenlebens und eröffnen damit Perspektiven für eine Veränderung für alle Frauen.

Die Diversifizierung der Frauenbewegung in eine Frauenprojektebewegung geschah aus einem Gefühl der Stärke heraus, indem Frauen die theoretische Ebene von Analyse, Protest und Forderungen nach Veränderung verlassen haben zugunsten einer feministischen Praxis, mit der sie die patriarchalen Verhältnisse nicht gerade aus den Angeln heben, aber doch zugunsten von Frauen verändern wollten. Vor diesem Hintergrund haben die Frauenprojekte für sich auch immer zwei Aufgaben formuliert, die sie gleichzeitig erfüllen wollten. Sie wollten zum einen Frauen in konkreten individuellen Notsituationen Hilfen anbieten, praktische Bildungsarbeit für Frauen leisten, Frauen in ihrem Weg bei der Veränderung ihres Lebens unterstützen, jungen Frauen alternative Lebensentwürfe aufzeigen u.a. Sie wollten aber immer zugleich ihre Arbeit als politische Aktion gestalten und damit zur Veränderung der Strukturen des Patriarchats beitragen, z.B. mit anderen, kinderfreundlichen Arbeitsstrukturen, dem Abbau von Hierarchie im eigenen Arbeitsbereich, mit Veröffentlichungen, Teilnahme an Tagungen, Veranstaltungen, politischen Happenings. Gerade der Kölner Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis hat in den „Beiträgen" diesen Ansatz seit vielen Jahre kritisch begleitet.
Nach langen Diskussionen um die Autonomie der Projekte und die Unabhängigkeit von Staatsgeldern[3], forderten die in den Projekten engagierten Frauen die Unterstützung und Finanzierung ihrer Arbeit von den Parteien ein. Dabei ging es ihnen darum, die eigene politische Kraft zu konzentrieren und die öffentliche Auseinandersetzung um die Eigenständigkeit der Projekte und ihren legitimen Anspruch auf ihre öffentliche Unterstützung und Finanzierung zu verstärken. Diese Forderung wurde mit einem Pluralismuskonzept begründet. Weil gerade nicht ein für alle Frauen ‚richtig' oder ‚falsch' formuliert werden kann, vertraten die Projektfrauen die Forderung, daß sich die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und Wünsche wiederfinden muß in öffentlichen Aktivitäten, in den Institutionen und Verbänden, im öffentlichen Leben. Der au-

tonomen Frauenbewegung bzw. dem Feminismus sollte von Staat und Gesellschaft ein ähnlicher Status zuerkannt werden wie anderen gesellschaftlich akzeptierten Weltanschauungen und Interessengruppen, deren Einrichtungen und Aktivitäten ebenfalls staatlich subventioniert werden. Zur Rechtfertigung der Forderung nach Staatsgeld diente weiter die These, daß „die Projekte gesellschaftliche Interessen von Frauen zum Ausdruck bringen, daß in ihnen Arbeit geleistet wird, die gesellschaftlich notwendig und sinnvoll ist, und daß sie daher auch am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren sollen" (Enders-Dragässer u.a. 1986, S. 110).
Dieses Selbstbewußtsein in der Frauenbewegung bildete z.B. 1983 die Grundlage für ein Hessisches Aktionsprogramm für Frauen, das von Feministinnen bei den Grünen in Zusammenarbeit mit Frauen aus den Frauenprojekten entwickelt und mit der SPD ausgehandelt worden war. Darin war u.a. festgelegt worden, daß „Frauenprojekte und -initiativen außerhalb der traditionellen Institutionen, wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Kommunen, finanziell abgesichert und damit auch politisch anerkannt werden, um ihre Arbeitsansätze weiterentwickeln zu können; gleichzeitig sollten damit bezahlte Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden" (Enders-Dragässer u. a. 1986, S. 110).
Dabei konnten die Frauenprojekte allerdings trotz des gesellschaftlich spürbaren Aufbruchs der Frauen auch damals nur gegen großen Widerstand durchgesetzt werden. In ihrer staatlichen Förderung lag dann tatsächlich die gesellschaftliche Anerkennung des Mißverhältnisses in der Geschlechterbeziehung, das es nach wie vor zugunsten von Frauen zu verändern gilt. Die Zukunft der Frauenprojekte ist daher nicht alleine davon abhängig, wie die Frauen in den Projekten selbst ihre gesellschaftliche Bedeutung gegenwärtig definieren, sondern auch davon, ob sie weiter die Unterstützung finden, mit der die Anerkennung und Förderung der Projekte weiter gefordert, durchgesetzt bzw. abgesichert werden kann. Wenn die Projekte zu Beginn ihrer Arbeit in einem Aufwind wirtschaftlicher Prosperität mitgesegelt sind und, allerdings in sehr bescheidenem Ausmaß, daran partizipieren konnten, so wird doch zur Zeit die Frage aufgeworfen, ob es vor dem Hintergrund der zunehmenden Armut und der sozialen Probleme für große Gruppen der Bevölkerung nicht Wichtigeres gäbe, für das Geld ausgegeben werden muß, zumal auch andere Bereiche einer lebendigen und autonomen sozialen Infrastruktur durch die Streichung ihrer Subventionen gefährdet sind.

Meine These ist nun, daß die Frauen in den Projekten nicht selbstverständlich erwarten können, unterstützt zu werden, indem sie in der Tradition der Frauenbewegung die Topoi von Frauenunterdrückung ritualisiert vortragen und sich weiter auf ihre Verdienste in der Vergangenheit berufen. Wie gute Frauenarbeit im privaten Haushalt in der Regel öffentlich unsichtbar bleibt, so ist auch viel Arbeit in den Projekten unsichtbar geblieben, weil sie an den persönlichen Problemsituationen von Frauen angesetzt hat. Dabei zeigt gerade die Frauenhausbewegung beispielhaft, welchen Erfolg diese Arbeit bisher hatte. In Schleswig-Holstein ist 1993 das erste Landes-Frauenhausfinanzierungsgesetz verabschiedet worden, gleichzeitig werden in verschiedenen Bundesländern Versorgungsquoten diskutiert, auch um eine Überversorgung und die damit verbundene Kostensteigerung zu verhindern.
Am Beispiel der Frauenhäuser läßt sich aber auch sehen, daß die Bewegung selbst ihr Konzept überdenken muß, denn heißt die flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern wirklich, „daß wir uns mit Gewalt gegen Frauen einrichten? Sind die Frauenhäuser so etwas wie der Sicherheitsgurt im Auto? Da keine davor geschützt ist, in eine Karambolage zu geraten, selbst bei vorsichtiger Fahrweise, einigen wir uns auf Vorschriften, welche die Folgeschäden begrenzt" (Hagemann-White 1992, S. 27). Darüber hinaus wäre im Kontext des katastrophalen Wohnungsmangels zu prüfen, ob die Frauen bei körperlicher Mißhandlung wirklich die eigene Wohnung verlassen können mit

der Gefahr, auf Jahre im Frauenhaus festzusitzen oder wieder zum Ehemann bzw. Partner zurückkehren zu müssen, weil sie keine Wohnung finden.
Die Chance für die Frauenprojekte liegt jetzt, und das ist meine nächste These, in der Weiterentwicklung ihrer Professionalisierung. Um darzustellen, mit welchen Konzepten diese verwirklicht werden könnte, will ich auf drei Elemente zurückkommen, die bedeutsam waren in der Phase der Durchsetzung der Frauenprojekte:

* die Frauenbewegung als theoretischer Ausgang von und als Kraft für Innovationen,
* die Unterstützung durch andere gesellschaftliche Gruppen und Parteien und schließlich
* ihre Einordnung in ein Gesellschaftskonzept, das das Verfassungsverbot der Diskriminierung wegen Rasse, Religion und Geschlecht in einem Pluralismuskonzept realisiert, nach dem die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt nebeneinander leben und entsprechend staatlich geschützt und gefördert werden, wenn sie einen auch öffentlich begründeten und mehrheitlich getragenen Auftrag wahrnehmen.

Die Frauenbewegung heute

Der Aufbau von Frauenprojekten und die Forderung nach ihrer staatlichen Förderung als einer Selbstverständlichkeit waren in ihrer Gründungsphase ein Ausdruck der Stärke der Frauenbewegung, auch deswegen, weil die Projektfrauen zusammen mit anderen Frauen frauenpolitisch durchaus erfolgreich waren, wie das Aktionsprogramm in Hessen beispielhaft gezeigt hat. Inzwischen wird diese Entwicklung von vielen Feministinnen als Anfang vom Ende der Frauenbewegung gewertet. Es scheint, als seien die aktiven Frauen in die Projekte verschwunden, als hätten sie sich in Kleinarbeit, Konkurrenz, Konflikten und permanenten Geldbeschaffungsmaßnahmen verzehrt und verzettelt und dadurch viel von ihrer politischen Kraft und Stärke verloren. Vor dem Hintergrund der Krise der öffentlichen Haushalte und der damit bedrohten finanziellen Grundlagen der Projekte einerseits und der wieder zunehmenden Frauendiskriminierung im neuen Deutschland andererseits muß daher, um die Zukunft der Frauenprojektepolitik bestimmen zu können, der Stand der Frauenbewegung kritisch daraufhin betrachtet werden, ob sie tatsächlich über genügend Kraft und Durchsetzungsvermögen verfügt, um nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern darüber hinaus die Frauenprojekte auch weiterentwickeln zu können. Ich will hier keine Analyse der Frauenbewegung im Jahr 1993 leisten, sondern nur weniges anmerken, was mir für das Thema wichtig ist.
Tatsächlich sind die Frauen, die die neue Frauenbewegung begründet haben, in die Jahre gekommen, aus Studentinnen und Auszubildenden sind Mütter, z.T. bereits Großmütter und zugleich berufserfahrene ältere Frauen geworden mit vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen in den verschiedensten gesellschaftlichen Arbeitsbereichen. Frauen dieser Generationen haben nicht nur Frauenprojekte gegründet und erfolgreich aufgebaut, sie haben auch Bücher geschrieben, Filme gemacht, sie sind in der Wissenschaft, in Betrieben und Verwaltungen und in der Politik tätig. Den „Gang durch die Institutionen", der das Ziel hatte, diese zu verändern und über die Tätigkeit darin neue gesellschaftliche Werte in Abkehr von den Denkstrukturen und Handlungszwängen des „Establishments" zu schaffen, haben gerade auch die Frauen der Frauenbewegung erfolgreich angetreten. Dabei ging es ihnen nicht nur darum, Geld zu verdienen und sich selbst eine einträgliche Existenz zu schaffen, sondern sie waren

überzeugt, daß sie mit ihren Aktivitäten daran mitwirken können, gesellschaftliche Macht, Einfluß, den gesellschaftlichen Reichtum und die gesellschaftliche Arbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.
Ohne die Arbeit von Feministinnen in den Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung wäre Frauenforschung, wären die Frauenlehrstühle an Hochschulen nicht vorstellbar. Ohne die Feministinnen in der Politik wären Gleichstellungsstellen in der Verwaltung oder Gleichberechtigungsgesetze nicht denkbar. Feministische Juristinnen haben u.a. mit dazu beigetragen, das Rechtssystem in bezug auf seinen Umgang mit der Gewalt gegen Frauen zu verändern. Gewerkschafterinnen aus der Frauenbewegung stellten die Frauen diskriminierenden Regelungen von Tarifverträgen in Frage. Mit der zunehmenden Zahl von Gewerkschaftsfrauen in Führungsfunktionen, z.B. in der ÖTV oder in der HBV, scheinen Veränderungen zugunsten von Frauen in greifbare Nähe zu rücken. Quotierungsregelungen, die frauenbewußt handelnde Politikerinnen, zuerst in der Partei der Grünen, durchgesetzt haben, hatten Auswirkungen auf viele gesellschaftliche Institutionen. Feministische Politikerinnen haben mit Unterstützung von prominenten Sprachwissenschaftlerinnen einen geschlechtsbewußteren Umgang mit Sprache in den Parlamenten und Parteien durchgesetzt. Auch die Frauenbeauftragten in großen Betrieben und Unternehmen, die von den Geschäftsleitungen eigens zur Wahrnehmung der Interessen der weiblichen Beschäftigten eingesetzt werden, sind als ein Ergebnis dieses beharrlichen Arbeitens von Feministinnen in den verschiedenen öffentlichen Arbeitsbereichen zu werten.
Wenn trotz dieser Erfolge vom „Ende" der Frauenbewegung gesprochen wird, so scheint in diesem Bild die negative Erfahrung vieler Frauen mit dem „Berufsfeminismus" gebündelt, in dem Frauen im Namen der Frauenbewegung ihre persönlichen Karriereinteressen verfolgt, im Kampf um den Aufstieg die feministische Utopie angeführt, aber zugleich aufgegeben und sich dabei in die patriarchalen Strukturen eingepaßt und eher um die Anerkennung in ihrem männlichen kollegialen Bezugssystem gebuhlt haben, als wegen frauenbewegter Forderungen einen permanenten Konflikt und die damit verbundene Ablehnung riskiert zu haben. Da der Begriff „Feministin" darüber hinaus noch immer als eine Art Kampfansage gilt, meinen manche Frauen auch, sich davon distanzieren zu müssen, um so überzeugter argumentativ für Frauen eintreten zu können[4]. Als persönliche Kränkung erleben einige Frauen, die über Quotierungsregelungen, die von Frauen hart erkämpft wurden, in ihr Amt gekommen sind, den Begriff „Quotenfrau", weil sie insgeheim trotz der eigenen Erfahrungen doch an der Überlegenheit von Leistungen festhalten[5]. Die Frauenbewegung ist zu einem Berufsfeld geworden. Und in diesem Berufsfeld werden die Kriterien für professionelles Handeln gerade neu definiert. Wenn z.B. in der neuen Gemeindeordnung von Niedersachsen festgelegt wird, daß Gemeinden einer bestimmten Größenklasse Frauenbeauftragte einstellen müssen, dann entsteht damit das neue Berufsbild „kommunale Gleichstellungsbeauftragte" bzw. „Frauenbeauftragte" mit Arbeitsplatzbeschreibungen und Eingruppierungen, das anderen beruflichen Tätigkeiten entspricht. Diese Position kann dann auch von Frauen besetzt werden, die sich nicht mehr unbedingt der Frauenbewegung zugehörig fühlen bzw. sich vom Feminismus ausdrücklich distanzieren.
Eine ähnliche Entwicklung der Instrumentalisierung von Frauenbewegung für eine Professionalisierung ist auch in der universitären Frauenforschung zu beobachten. Wichtig sind für Frauen in diesem Bereich, einem Bollwerk des Patriarchats, wenn wir die Verteilung der Lehrstühle nach Geschlecht über Jahrzehnte vergleichen, Qualifikationsnachweise, so daß einige der Gefahr einer Akademisierung der Frauenforschung zu erliegen scheinen, ohne die emanzipatorischen, gesellschaftsverändernden Implikationen von Frauenforschung jeweils frauenpolitisch mitzudenken.
Die Frauenbewegung, die doch schon so viel erreicht zu haben scheint, daß jüngere

Frauen sich häufig nichts mehr unter dem vorstellen können, wovon ihre Mütter sprechen, scheint auch deswegen wieder unsichtbarer geworden zu sein, weil sich die Frauen, die sie getragen haben, in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erfolgreich integriert haben. Es gibt eine Bandbreite von Aktivitäten, die von radikalen Feministinnen auf der einen Seite und von eher gemäßigten Frauen der traditionellen Frauenverbände auf der anderen Seite getragen werden. Was zur Zeit zu fehlen scheint, ist die Bündelung in einer Bewegung, in einem gemeinsamen Forderungskatalog, auf den sich die Frauen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einigen können. Inwieweit der unabhängige Frauenverband (UFV), der sich in den letzten Monaten der DDR dort gegründet hatte und der in den neuen Bundesländern über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien auch Frauen in parlamentarische Gremien bis hin zum Bundestag entsenden konnte, ein Zentrum werden kann, dem sich andere Frauengruppen zuordnen können, um wieder zu auch gemeinsam getragenen gesellschaftspolitischen Aktivitäten zu kommen, muß gegenwärtig offenbleiben. Beim fünften Kongreß des UFV Anfang Juni 1993 in Berlin hat sich jedenfalls eine Arbeitsgruppe aus „Ost-" und „West"frauen konstituiert, die über die Formulierung einer frauenpolitischen Grundsatzerklärung einen Versuch zur Bündelung der weit verzweigten Frauenbewegung in den alten und den neuen Bundesländern wagen will.
In dieser Situation der Diversifikation der Frauenbewegung fällt der Blick ganz zwangsläufig vor allem auf die Frauenprojekte, deren Gründerinnen und Mitarbeiterinnen ebenfalls für sich den Feminismus zum Beruf gemacht haben und erwarten, daß sie, als die scheinbar Übriggebliebenen der Bewegung von all den anderen Frauen, die sich der Bewegung ebenfalls zurechnen bzw. über Frauenforderungen und -politik zum Erfolg gekommen sind, unterstützt werden. Jedenfalls reklamieren sie für sich nach wie vor, als innovative Kraft in der Gesellschaft anerkannt und entsprechend gefördert zu werden.

Lobbyismus, nur eine patriarchale Tugend?

Die Förderung von Frauenprojekten aus öffentlichen Mitteln ist durchgesetzt worden, weil es in den Parteien, vor allem in denen, die die Mehrheit bilden und die über die Vergabe staatlicher Subventionen entscheiden können, vehemente Unterstützerinnen gab, deren Bezugsgruppen sich wiederum dem frauenpolitischen Druck nicht widersetzen konnten. Der Anstoß erfolgte aber eher von Frauen, die in den Grünen Fraktionen mitgearbeitet haben. Aber auch sie hätten eine Förderung alleine nicht durchsetzen können, wenn es nicht auch z.B. bei der SPD eine entsprechende Gruppe von Frauen gegeben hätte. Die konservativ-liberale Politik hat sich in der Anfangsphase eher dem gesellschaftlichen Druck der Frauenbewegung widersetzt und sich auf die traditionellen Frauenverbände berufen. Sie hat aber z.B. in Hessen, nachdem die staatliche Förderung einmal durchgesetzt war, auch nach der Regierungsübernahme 1987 diese nicht wieder zurückgenommen.
Die Methode, über Kontakte und Beharrlichkeit an staatliche Förderung und Subventionen zu kommen, sei es als Geld, sei es als besondere gesetzliche Regelung oder über ein begünstigendes Verwaltungshandeln, ist nun nichts Ungewöhnliches, sondern ein gängiges Prinzip unserer Demokratie, bekannt unter dem Begriff Lobbyismus. „Lobbyismus bezeichnet die nicht über die Verfassung geregelte Mitwirkung an der politischen Gestaltung eines Staates, und zwar durch die Beeinflussung jener, die laut Verfassung mit der politischen Willensbildung und der Durchführung der getroffenen Entscheidungen betraut sind" (Brockhaus 1990, S. 472). Lobbyismus ist nicht zu verwechseln mit Bestechung, bei der eine erwiesene Gefälligkeit über Bezahlung vergütet wird, sondern bedeutet, daß gesellschaftliche Gruppen versuchen, ihre Interessen or-

ganisiert durchzusetzen. Sie berufen sich dabei zum einen auf ihre Überzeugungskraft, indem sie mit ihren fachlichen oder weltanschaulichen Argumenten die politischen Entscheidungsträger von der Richtigkeit ihrer Forderung zu überzeugen suchen, um so eine in ihrem Sinne positive Entscheidung herbeizuführen. Zum anderen verfügen sie, je nach der Stärke ihrer gesellschaftlichen Bezugsgruppen, über eigene Macht- und Sanktionsinstrumentarien.

Lobbyismus beruht auf dem demokratischen Prinzip schlechthin, nach dem Entscheidungen nicht von einzelnen gefällt werden, sondern den Willen einer Mehrheit zum Ausdruck bringen. „Aufgabe von PolitikerInnen ist nicht, ‚richtige' Entscheidungen zur ‚richtigen' Zeit am ‚richtigen' Ort zu treffen, sondern die unterschiedlichen Interessen so auszubalancieren, daß Entscheidungen mehrheitsfähig werden" (Sellach 1993). Durchsetzungsfähige Gruppen in der Gesellschaft, wie z.B. Industrie, Gewerkschaft oder Kirchen organisieren ihre Interessen sogar so, daß sie darauf achten, daß den entscheidenden Parteien und Gremien jeweils VertreterInnen ihrer Gruppe angehören. So ist beispielsweise der Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung aus einer hauptamtlichen Gewerkschaftsposition in dieses Amt berufen worden. Dabei konnte das Votum der designierten Frauenministerin Pfarr, die eine Frau als Staatssekretärin im Frauenministerium bevorzugt hätte, diese Entscheidung nicht beeinflussen, da traditionell diese Position in einer von der SPD geführten Regierung einem Gewerkschaftsvertreter zufällt. Die Frankfurter Frauenprojekte hatten z.B. in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt mich als ihre „Lobbyistin", weil ich als Vertreterin der Frauenbewegung im Rahmen eines „Grün-Lila"-Bündnisses[6] aufgestellt und gewählt worden war. Aufgabe der kritischen Öffentlichkeit und ihrer Medien ist es in diesem System, die Interessen, den Einfluß der Lobbyisten und die Entscheidungswege offenzulegen und damit die politischen Entscheidungsträger einer öffentlichen Kontrolle und Kritik zu unterwerfen.

Lobbyismus ist also weder verwerflich noch unmoralisch noch spezifisch patriarchal und sollte daher auch von den Frauenprojekten intensiv betrieben werden. Die Durchsetzungskraft von Lobbypolitik hängt allerdings weniger von der Stärke der feministischen Argumente ab als vielmehr von der Stärke der gesellschaftlichen Gruppe oder Gruppen, die Frauen für diese Interessen mobilisieren können, bzw. von deren Macht und Sanktionspotentialen. So konnte beispielsweise Pro Familia gegenüber der SPD eine Unterstützung für sich erstreiten, indem sie die Schließung aus finanziellen Gründen von weniger frequentierten Beratungsstellen in eher konservativ geprägten Regionen (z.B. in Osthessen, der Region des Bischofsläutens zum Erhalt des § 218) androhte in einer Zeit, in der die SPD in Bonn an einem Kompromiß mit der CDU und FDP für die Fristenlösung arbeitete, in dem der Ausbau eines Beratungssystems eine bedeutende Funktion hatte[7].

Zu einer erfolgreichen Lobbypolitik gehört auch, daß die übereinstimmenden Interessen zwischen der eigenen Gruppe und den PolitikerInnen herausgearbeitet werden, indem die gemeinsamen Wurzeln dieser Interessen immer wieder angesprochen und betont werden. Z.B. ist das normative Prinzip, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, für sozialpolitisch engagierte Menschen in allen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen handlungsleitend, so daß es als eine verbindliche gemeinsame theoretische Bezugsebene angesehen werden kann. Für eine erfolgreiche feministische Lobbypolitik gilt es daher auszuloten, wo dieses gemeinsame Interesse von Politik mit den Zielen und der Praxis der Frauenprojekte liegen könnte, insbesondere weil nicht alle Politikerinnen mit Entscheidungskompetenzen Feministinnen sind und von den Politikern nicht unbedingt zu erwarten ist, daß sie zu Feministen werden.

Solange also die Nützlichkeit und die Bedeutung der Frauenprojekte selbst für die Politikerinnen nur partiell einsehbar ist – z.B. läßt sich die Notwendigkeit für ein Frauenhaus relativ leicht erklären, allerdings schon schwerer der Bedarf für das qualifizier-

te Fachpersonal zu seiner Betreibung, während eine Frauenbildungseinrichtung, die in Konkurrenz zu Frauenbildungsangeboten der Volkshochschule arbeiten und gefördert werden will, schon differenzierter zu begründen ist – , muß ihre Unterstützung zufällig und partiell bleiben und steht in der Gefahr, in der Konkurrenz mit anderen Interessen zu unterliegen. Darüber hinaus ist für viele Politikerinnen nicht deutlich, was sie auch persönlich von der Unterstützung von Frauenprojekten haben, weil sie keine Gegenleistung erkennen können. Weder werden sie von den Projekten in ihrer eigenen politischen Arbeit unterstützt, noch werden sie in der Regel von ihnen besonders geschätzt oder geachtet. Im Gegenteil müssen sich gerade die Politikerinnen, die sich öffentlich für Frauen einsetzen, vor deren Kritik fürchten, einmal wenn sie sich selbst als Feministinnen verstehen, weil sie in den Augen der Kritikerinnen nicht feministisch genug zu sein scheinen, zum anderen wenn sie sich explizit vom Feminismus abgrenzen, eben dann gerade deswegen. Außerdem darf in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation die Frage nach Einfluß und Bedeutung von Frauen in den Parteien, die ja die Trägerinnen dieser Interessen für ihre Bezugsgruppe werden sollen, nicht außer acht gelassen werden. Politikerinnen, die sich für Frauenprojekte innerhalb ihrer Parteien stark machen sollen, erwarten zudem umgekehrt, daß sie von all den Frauen außerhalb der Parteien, die sich der Stärkung und Durchsetzung von Fraueninteressen verschrieben haben, tatkräftig unterstützt werden.

Daß in einer Demokratie die politische Willensbildung nicht gänzlich zum Spielball von Lobbyisten wird, liegt auch in der Konkurrenz der Interessengruppen begründet[8]. Für die Bereiche, in denen die Frauenprojekte tätig sind, heißt das, daß auch hier Interessengruppen gegeneinander antreten, um ihren Anteil an staatlicher Subventionierung zu erstreiten. Den drängenden Ausgaben für Bildung, Wohnungsbau, Naturschutz, Verkehrsberuhigung, Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, Kinderbetreuung, Drogenhilfe, Beseitigung von Erwerbslosigkeit und Armut, Pflege stehen nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung, wobei es eine Verteilungsgerechtigkeit nicht gibt, weil es in diesen Bereichen immer nur um die Verteilung eines Mangels geht. Vieles von dem, was gefordert wird, kommt insbesondere auch Frauen zugute, so daß es den Frauenprojekten manchmal schwerfällt, den originären Beitrag ihres Angebotes zur Verbesserung der Situation von Frauen zu begründen und damit die Subventionierung zu rechtfertigen und einzufordern. Gleichzeitig liegt aber in der Überschneidung der Forderungen auch eine Chance, Partner aus anderen Bereichen zur Stärkung der eigenen Durchsetzungskraft zu finden. In der Konkurrenz der Interessengruppen liegt der Entscheidungsspielraum für Politik, so daß die Suche nach machtvollen gesellschaftlichen Gruppen als Partnerinnen zur Stärkung der eigenen Kraft ein wesentliches Element der Lobbypolitik ist.

Die Unterstützung also, die zum Zeitpunkt der Gründung der Frauenprojekte aus der Frauenbewegung selbst kam und in die Politik hineingetragen wurde, muß jetzt neu aufgebaut werden. Die Projekte bilden heute wie selbstverständlich eine eigenständige Fraueninfrastruktur, die von außen für viele, vor allem ihre Klientinnen und Konsumentinnen, finanziell abgesichert zu sein scheint. Gleichzeitig haben aber Feministinnen mit ihrer Arbeit in den traditionellen Bereichen von Beratung, Bildung und Kultur dazu beigetragen, daß auch diese Institutionen sich für Frauen geöffnet haben. Die Projekte selbst haben darüber hinaus z.T. in der Vergangenheit versäumt, das Netz ihrer Unterstützerinnen enger zu knüpfen und interessierte Frauen aus dem öffentlichen Leben ausreichend in die Weiterentwicklung ihrer Arbeit einzubeziehen.

Das Pluralismuskonzept, das seine Bedeutung für den gesellschaftlichen Konsens auch in der neuen Bundesrepublik nicht verloren hat, gewährt auch gesellschaftlichen Minderheiten Unterstützung für ihre Arbeit, wenn sie starke Bündnisgefährten in der Mehrheit finden; dafür gibt es genügend Beispiele. Für die Frauenprojekte als Ausdrucksformen einer gesellschaftlichen Minderheit liegt im Pluralismuskonzept zu-

gleich die Chance, daß sie über ihre konkrete Nützlichkeit für viele Frauen aus fast allen Bevölkerungsgruppen Mehrheiten für sich gewinnen können.
Nun fällt es vielen sicher sehr schwer, nach den langen Jahren der berechtigten Kritik am patriarchalen Staat, seinen Strukturen und Institutionen an die Lobbypolitik als das jetzt notwendig zu erlernende Handwerk zur Absicherung der eigenen Zukunft zu glauben. Aber müssen wir uns nicht nach dem Zusammenbruch des „real existierenden" Sozialismus, der auch für Feministinnen bei aller Kritik Alternativen zu den zerstörerischen Momenten der kapitalistischen Industriegesellschaft enthielt, noch einmal neu mit den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaftsordnung in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft der BRD auseinandersetzen? Dabei geht es nicht um die affirmative Übernahme der männlichen Formen von Macht und Ausgrenzung zur Durchsetzung feministischer Interessen, sondern um eine feministische Mitgestaltung von demokratischen Regeln.

Die Zukunft

Ohne eine gesicherte Finanzierung sind die Frauenprojekte nicht aufrechtzuerhalten. Ihre Finanzierung erfolgte bisher fast ausschließlich über die Subventionierung aus öffentlichen Mitteln[9] mit all den administrativen Problemen, die damit verbunden sind. Nur wenige Projekte im Dienstleistungsbereich wirtschaften vollständig oder hauptsächlich über eigene Einnahmen, indem sie sich ausschließlich am Markt der Güter und Dienstleistungen orientieren. Im Kontext der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten wird aber zur Zeit eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von gigantischem Ausmaß betrieben zu deren VerliererInnen Frauen und auch die Frauenprojekte zu gehören scheinen[10]. Daraus folgt, daß die Zukunft der Frauenprojektepolitik nicht alleine darin liegen kann, nur um den Erhalt und die Erhöhung von staatlicher Subventionierung zu kämpfen, sondern auch in der partiellen Unabhängigkeit von öffentlicher Förderung, wobei das die adäquate Bezahlung für Dienstleistungen, die im staatlichen Auftrag erbracht werden, einschließt. Auf der Handlungsebene heißt das für die Frauen, die die Projekte tragen und sich mit ihnen auch einen eigenen Arbeitsplatz aufgebaut haben, daß sie gleichzeitig sowohl einen „hemmungslosen" Lobbyismus betreiben, als auch nach autonomer, nicht-staatlicher Finanzierung suchen müssen. Beides schließt die Verbindung mit mächtigen gesellschaftlichen Gruppen als Partnerinnen und die Arbeit an der Stärkung des eigenen gesellschaftspolitischen Einflusses ein. Beides hat allerdings auch ein Mehr an Professionalität zur Voraussetzung.
Den Mitarbeiterinnen in den Frauenprojekten ist es gelungen, ihre inhaltliche Arbeit weitgehend zu professionalisieren, z.B. gibt es eine theoretisch fundierte und spannende Diskussion zu den Beratungs- und Therapieansätzen in der Arbeit mit Frauen, auch die inhaltliche Arbeit in den Bildungsprojekten ist vielfältig dokumentiert und evaluiert worden. Ergebnisse der Arbeit in den Frauenprojekten wurden auf Tagungen, bei Anhörungen in Parlamenten, bei Regierungen und Parteien vorgetragen und bildeten Grundlagen für weitergehende politische Zielsetzungen und Gesetzesinitiativen. Aus dieser langjährigen innovativen Arbeit haben die Mitarbeiterinnen in den Projekten ihre Fachlichkeit aufgebaut, die ihnen auch in Zukunft die inhaltliche Weiterentwicklung ihrer Arbeitsansätze bei Veränderung der Rahmenbedingungen, z.B. in der Frauenhausarbeit oder in der beruflichen Bildung, erlauben wird. Bisher nicht ausreichend gelungen scheint mir dagegen die Professionalisierung in politischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht. Ein erster Schritt dazu wäre, die Frauen„projekte" endlich auch als Frauen„betriebe" zu verstehen, die sie inzwischen seit langem sind, und die strukturellen Erfordernisse einer angemessenen Betriebsführung entsprechend anzuerken-

nen. Denn ‚Projekt' meint eigentlich nur eine kurzfristige Unternehmung als Experiment oder mit einem klar umrissenen Ziel. Das trifft für die Frauenprojekte nicht zu. Sie sind als Produzentinnen von Sach- und Dienstleistungen nach den Definitionen unserer kapitalistischen Industriegesellschaft im eigentlichen Sinne Betriebe, da sie an betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, wie Buchhaltung, Personalwesen u.a., ausgerichtet sein müssen. Ich will hier keine konkreten Handlungsanweisungen geben, zumal sich inzwischen Frauen gerade in diesem Bereich als Beraterinnen professionalisiert haben, sondern nur wenige Anregungen, die mir aus meinen Erfahrungen in der Politik und im Ministerium wichtig sind.

Eine zentrale Grundlage dafür, daß Frauenprojekte und ihre Politik eine Zukunft haben, sehe ich in ihrer politischen Professionalisierung. Um Lobbyismus kompetent betreiben zu können, müssen Frauen sich kundig machen, wie Politik überhaupt funktioniert, z.B. wie in Politik und Verwaltung Entscheidungen zustande kommen, wie sie vorbereitet werden und wie sie von außen beeinflußt werden können. Es reicht einfach nicht aus, sich eine Frau in Verwaltung oder Partei herauszusuchen, von der bekannt ist, daß sie Frauen unterstützt, und ihr dann alleine die Verantwortung zuzuschieben, wenn sie sich nicht durchsetzen konnte. Die Struktur politischer Entscheidungsprozesse muß untersucht und angeeignet werden, um einschätzen zu können, wo die Machtzentren sind und welches deren Schlüsselpersonen und deren Zirkel. Gleichzeitig muß am Aufbau eines Netzwerkes gearbeitet werden, in das Politikerinnen eingebunden sind und von dem auch sie getragen werden. Sie benötigen starke Gruppen auch von außen zur Durchsetzung ihrer innerparteilichen Machtinteressen. Lobbyismus ist keine Einbahnstraße nur für die Erfüllung von nachhaltig vorgetragenen Forderungen aus den Frauenprojekten, sondern funktioniert nur bei gegenseitiger Loyalität und wechselseitigen, auch verläßlichen Verpflichtungen.

Eine weitere Grundlage zur Sicherung der Zukunft der Frauenprojektepolitik sehe ich im Ausbau ihrer betriebswirtschaftlichen Kompetenz. Frauenprojekte sind Betriebe und bedürfen daher eines betrieblichen Leistungsprofils, das sie nach außen unverwechselbar macht und das nach innen eine Projektionsfläche bietet zur Identifikation für die Mitarbeiterinnen, die nicht mehr zu den Gründerinnen gehören, sondern im Projekt einen Arbeitsplatz gefunden haben, von denen aber gleichwohl ein überdurchschnittliches Engagement gefordert wird. Denn ihr auch unbezahlter Arbeitseinsatz ist nach wie vor notwendig, um die vielfältigen Aufgaben bei unzureichenden Ressourcen überhaupt bewältigen zu können. Diese betriebswirtschaftliche Kompetenz erstreckt sich u.a. auf eine effektive und wirtschaftliche Strukturierung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe, die Herausbildung eindeutiger Leitungs- und Entscheidungsstrukturen, einen rationalen Personaleinsatz oder betriebswirtschaftliche Kostenkalkulationen bei der Leistungserbringung. Weiterhin gehören fundierte Kenntnisse der Regeln des Marktes und des Geldverkehrs und von Marketingkonzepten zu dieser Kompetenz. Dabei unterscheide ich nicht zwischen den gewerblichen und den nicht-gewerblichen Frauenbetrieben, die soziale oder kulturelle Aufgaben wahrnehmen. Für beide Bereiche gilt, daß die Einnahmen kostendeckend sein müssen und daß für die Erwirtschaftung der Einnahmen für beide das Gesetz der Konkurrenz auf dem regionalen Markt gilt, bei der Betreibung eines Frauenbuchladens ebenso wie bei einem Angebot an beruflicher Weiterbildung für Frauen, das sich immer in der Konkurrenz mit anderen Bildungsträgern behaupten muß.

Die Frauenprojekte, die die Fraueninfrastruktur in einer Region bilden und die bisher eher konkurrent als kooperativ arbeiten, könnten zudem einerseits ihre Angebote so aufeinander abstimmen, daß sie einander ergänzen und die Konkurrenz untereinander minimiert wird, andererseits könnten sie zur Reduzierung von Basiskosten zentrale Dienste, wie z. B. Buchhaltung oder Öffentlichkeitsarbeit in einer Stelle zusammenfassen. Vielleicht lassen sich auch gewerbliche Betriebe und Betriebe im Dienstlei-

stungsbereich, die von staatlichen Aufträgen abhängig sind, zusammenführen, um über Mischkalkulationen die notwendige wirtschaftliche Absicherung zu erreichen. Gerade die Entwicklung eines klaren Profils ist auch die Voraussetzung, um im Rahmen des Sponsoring, das zur Zeit zum Zauberwort für den Ausweg aus der Finanzkrise geworden ist, neue finanzielle Ressourcen zu erschließen. Unternehmen finanzieren ebensowenig wie die öffentlichen Hände ausschließlich auf einem nur moralisch begründeten Anspruch auf Unterstützung. Sie erwarten eine Gegenleistung, ihre Förderung muß sich auch für sie rechnen und kann nicht nur in einer Steuerersparnis bestehen. In diesem Geschäft des systematischen Aufbaus eines Netzes von Sponsoren sind die Frauen in den Projekten erst am Anfang, Sponsoring war eher ein amerikanisches Phänomen, während wir in der Bundesrepublik bisher weitgehend wie selbstverständlich auf „Vater" Staat gesetzt haben. Einzig der Verein Goldrausch in Berlin betreibt seit Jahren eine aktive und erfolgreiche Suche nach privaten Geldmitteln.

Fazit

Um die notwendige Professionalisierung leisten zu können, sind daher erst einmal die geliebten Ideologien und feministischen Grundsätze kritisch zu überprüfen. Noch 1987 haben wir z.B. in Frankfurt behauptet, daß die Arbeitsplätze in den Frauenprojekten besonders kinderfreundlich sind, weil bei der Planung der Arbeitszeit auch die Arbeitsbedingungen von Müttern berücksichtigt werden. Tatsächlich waren aber schon damals die erfolgreichen Projektfrauen häufig die, die keine Kinder hatten und daher fast rund um die Uhr schaffen konnten. Auch die Vorstellung, daß alle alles machen und daß das ohne Hierarchie klappen kann, hat sich als ein Irrtum erwiesen, für den die Frauen z.T. mit tiefgreifenden Konflikten bezahlen mußten, die oft zu schmerzlichen Verletzungen und verbitterten Trennungen geführt haben[11]. Gerade die Unklarheit bei Arbeitsteilung und Zuständigkeiten und die informellen Leitungsstrukturen haben zur Verunsicherung, zu Konkurrenz, Neid und Auseinandersetzungen beigetragen, wobei es immer wieder einen Mangel an Professionalität gerade in der betrieblichen Leitung gab, um die Konflikte konstruktiv lösen zu können.
Ich sehe eine Zukunft für die Frauenprojekte, wenn sie verstärkt Politik machen und sich gleichzeitig auf den notwendigen Professionalisierungsschub einlassen. Dazu bedarf es allerdings der Übernahme von Eigenverantwortung durch die Projektfrauen, die sich nicht länger von ihrer „Lust" oder in ihren Forderungen nur von dem Bild eines sie versorgenden Staates leiten lassen dürfen. „Mit ihrer Parteilichkeit für Frauen ist es den Mitarbeiterinnen in den Projekten gelungen, den Defizitansatz in der traditionellen Frauenarbeit zu überwinden. Frauen werden nicht mehr nur als Opfer ihrer Verhältnisse gesehen, sondern als Subjekte ihrer Geschichte ernstgenommen und unterstützt" (Sellach 1987, S. 13). Dieses Prinzip gilt es nun auf die Frauenprojektepolitik zu übertragen.

Anmerkungen

1) *Der Artikel beruht auf Überlegungen für einen Vortrag mit dem Titel „Die Zukunft der Frauenprojekte-Politik?! – In Armut auf dem Weg zu Macht?", den ich am 23.1.1993 in der Frankfurter Frauenschule im Rahmen der Veranstaltung „Die Zukunft der Frauenpolitik, ein Blick zurück...ein Blick nach vorn" gehalten habe.*

2) *Der Aufsatz „Frauenprojekte im Abseits? oder: was wir in Hessen zu bieten haben!" war 1987 die Einleitung in einem Band mit Selbstdarstellungen hessischer Frauenprojekte. Der Band war von den Projekten selbst erarbeitet und finanziert worden, um nach der Wahlniederlage der ersten Rot-Grünen Koalition in Hessen über den Druck der öffentlichen Meinung die staatliche Finanzierung auch unter einer konservativ-liberalen Regierung abzusichern.*

3) *Als Beispiel für viele: Ursula Nienhaus, Wir fordern beides Autonomie und Geld (Sommeruniversität 1979). Nienhaus wollte eine vom Staat unabhängige Finanzierung von Frauenprojekten, die von den Frauen der Frauenbewegung getragen wird, vergleichbar einigen Unternehmungen der ersten Frauenbewegung in Berlin.*

4) *Als letzte in diesem Reigen hat Heide Simonis, die neue Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein das wieder öffentlich bekundet.*

5) *Ich will hier keine Diskussion über die Bedeutung von Quotierungsforderungen für die Frauenbewegung beginnen, das ist ein anderes Thema.*

6) *Das „Grün-Lila Bündnis" war 1985 zwischen der Partei der Grünen in Frankfurt und einer großen Gruppe von Frauen aus der Frauenbewegung geschlossen worden, indem zwei Feministinnen auf sicheren Listenplätzen bei den Grünen für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert haben. Siehe dazu Kiltz, Sellach 1986. Dieses Bündnis wurde 1989 erneuert; wir Feministinnen haben mit Unterstützung der ganzen Fraktion dann in der „Rot-Grünen" Koalition die Förderung der Frauenprojekte mit städtischen Geldern durchgesetzt.*

7) *Ich will hier auf die Geschichte des § 218, insbesondere auf den historischen Irrtum der SPD, die glaubte, mit sozialen Maßnahmen das Bundesverfassungsgericht umstimmen zu können, nicht eingehen.*

8) *Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, an dieser Stelle eine theoretische Abhandlung über den Stellenwert der unterschiedlichen Interessengruppen und ihrer Macht bei der Durchsetzung ihrer Ziele im System der kapitalistischen Marktwirtschaft zu beginnen.*

9) *Die gewerblichen Projekte, wie z.B. Buchläden, Frauenpraxen von Juristinnen oder Frauenkneipen, werden hier nicht einbezogen.*

10) *Inwieweit die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten nur als Begründung herhalten muß für den Abbau des Sozialstaates, der längst schon im Kalkül der Konservativen vorgesehen war, soll hier nicht untersucht werden.*

11) *Siehe dazu den Bericht über den Frauenbuchladen „Nora" in der Frankfurter Rundschau vom 19.6.1993. Hier wird die „Spaß und Lustfraktion" unterschieden von der Gruppe von Frauen mit eher betriebswirtschaftlichen Ideen, die den Frauenbuchladen als Unternehmen etablieren wollten. Die über Jahre dauernde Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte ist jetzt mit der „Privatisierung" des Ladens beendet worden.*

Literatur

BROCKHAUS, Band 13, Lah – Maf, Mannheim 1990

BRÜCKNER, Margit: Sozialmanagement aus Frauensicht – Reflexionen und Zukunftsperspektiven, in BRÜCKNER, Margit: Frauen und Sozialmanagement, Freiburg 1993 (2)

ENDERS-DRAGÄSSER, Uta/KILTZ, Elke/SELLACH, Brigitte: Lila Politik mit den GRÜNEN, in: Feministische Studien, Heft 2 1986, S.109

HAGEMANN-WHITE, Carol: Gewalt und kein Ende? Standortbestimmung nach 15 Jahren feministischer Öffentlichkeit, in: Dokumentation der Frauenministerin Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992

KILTZ, Elke/SELLACH, Brigitte: Das Projekt „autonome Frauen im Römer": Feministische Politik im Frankfurter Stadtparlament, in: Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis, Heft 18 1986, S. 41

KRIEGER, Gudrun: Frauenprojekte – Planung, Finanzierung, Durchführung, in: BRÜCKNER, Margit: Frauen und Sozialmanagement, Freiburg 1993 (2)

MÜLLER, Ingrid: Eine Chefin gibt es immer noch nicht. Die Schwierigkeiten der kollektiven Arbeitsweise – dargestellt am Beispiel des Frauenbuchladens „Nora", in: Frankfurter Rundschau vom 19.6.1993

NIENHAUS, Ursula: FFBIZ: Wir fordern beides – Autonomie und Geld, in: Autonomie oder Institution; über die Leidenschaft und Macht von Frauen, Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen – Berlin 1979, Berlin 1981, S. 118

SELLACH, Brigitte: Frauenprojekte im Abseits? oder: Was wir in Hessen zu bieten haben, in: Brinkmann to Broxten, Eva/ Fuchs, Claudia/ Kiltz, Elke/ Schäfer, Brigitte/ Sellach Brigitte (Hrsg.), Ohne Netz und doppeltem Boden, Frauenprojekte und Frauenpolitik in Hessen, Frankfurt 1987, S. 3

DIES: „Sie mit Ihrem Frauentick"; Als Feministin im Parlament, in: Willkop, Lydia (Hg.), Die Hüter der Ordnung, aus den Einrichtungen des Patriarchats, München 1988

DIES: Das „old boys network" funktioniert. Von den Schwierigkeiten der Frauen in der Politik, in: Frankfurter Rundschau vom 20.3.1993

Autorinnen

Gaby Beckmann, 33 Jahre, Ethnologin und Afrikanistin, Arbeitsthemen insbesondere Prostitutions- und Sextourismus. Mitarbeiterin von „Frauen der Welt e.V.", Köln.

Melanie Beyer, geb. 1959, Studium: Musik, Geschichte und Erziehungswissenschaften; Musikerin: klassische Gitarre, E-Gitarre, E-Baß, Percussion, spielte in verschiedenen Frauenrock- und Jazzformationen; Musikveranstalterin von u.a. Frauenrocktreff Berlin, Internationales Frauenrockfestival E '88, Mädchenrockfestival; Feministische Kultur- und Bildungsarbeit mit Mädchen und Frauen; z. Zt. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am FB Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik, Schwerpunkt Frauenforschung, an der TU Berlin.

Brigitte Erdweg, 40 Jahre, Sozialarbeiterin, seit zehn Jahren im Projekt „Frauen gegen Erwerbslosigkeit" in Köln tätig.

Frauen gegen Antisemitismus, die Gruppe besteht aus vierzehn Frauen, von denen zehn ständig mitarbeiten und sich wöchentlich treffen. Wir sind drei deutsche jüdische Frauen, eine Italienerin und acht weiße deutsche christlich sozialisierte Frauen, wovon eine der Minderheit der behinderten Menschen angehört. Zwei Frauen sind in der DDR aufgewachsen. Wir sind eine Kauffrau, die Gedichte schreibt, zwei Soziologinnen, eine Sozialpädagogin, zwei Professorinnen für Mädchen- und Frauenarbeit, zwei Germanistinnen, wovon eine Prosa schreibt, drei Studentinnen, die Soziologie, Sozialpädagogik und Linguistik studieren, eine Bibliothekarin, eine Diplompädagogin, eine Psychologin. Wir sind zwischen Ende Zwanzig bis Mitte Fünfzig, allesamt der Frauenbewegung verbunden, die meisten von uns bezeichnen sich als Feministinnen, die Mehrheit ist lesbisch.

Marlies Fröse, geb. 1958, Studium der Sozialarbeit und Erziehungswissenschaft, seit fünfzehn Jahren in der Frauenbewegung aktiv; Mitbegründerin der Frauen-Anstiftung, insbesondere der AG Internationalismus; arbeitet z. Zt. an einer Dissertation im Bereich der internationalen Bildungsforschung.

Ulrike Hänsch, Dipl.Soz.Wiss., Veröffentlichungen zur Lesbenforschung und Frauenbewegung, arbeit mit bei „Frauen lernen und forschen gemeinsam" e.V. in Wuppertal.

Jessica Jacoby, geb. in Frankfurt/Main, lebt mit kurzen Unterbrechungen seit 1955 in Berlin; Studium der Germanistik und Theaterwissenschaften; 1990-1992 Referentin im multikulturellen feministischen Bildungsprojekt Nozizwe; entwickelte einen Workshop zu Antisemitismus mit theaterpädagogischen Mitteln. Auftritte als Interpretin jiddischer Volkslieder.

Dörthe Jung, geb. 1949, Dipl. Soz., seit 1974 in der Frauenbewegung aktiv. U.a. Mitbegründerin und jahrelange Mitarbeiterin in der Frankfurter Frauenschule; persönliche Referentin der Frankfurter Frauendezernentin. Betreibt seit 1991 das Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung, Frankfurt; Veröffentlichungen zur Frauenbildungsarbeit, Theorie und Praxis von Frauenpolitik.

Renate Kreile, geb. 1950, Dr.rer.soc., Politikwissenschaftlerin; derzeitiger Forschungsschwerpunkt: Geschlechterverhältnisse und Staat im Nahen und Mittleren Osten; lebt in Tübingen.

Lena Laps, geb. 1953, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin; arbeitet seit ca. 20 Jahren in Frauen- und Lesbenprojekten, z.Zt. in der Redaktion der Lesbenzeitschrift IHRSINN.

Karin Meinel (kam), von 2 - 12 Jahren malt das Kind in Heeslingen Prinzessinnen, von 12 - 18 Jahren malt das junge Mädchen in Landsberg Fabriken und ausgemergelte ArbeiterInnen, von 20 - 24 Jahren malt die Kindergärtnerin und Ehefrau in Ulm Karikaturen und Akte. Von 26 - 32 Jahren malt die Schauspielerin in Köln nichts. Ja, und dann? Reisen in die Stadt der Frauen Juchitán (Mexiko) und zur Sibilla (Italien). Mitarbeit bei Frauen „für Ökologie" und „gegen Erwerbslosigkeit". Seit 1990 malt die Malerin nur noch.

Carola Möller, geb. 1929, Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftlerin, freiberuflich in der Forschung tätig; Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Armut.

Luise F. Pusch, geb. 1944 in Gütersloh, Professorin für Sprachwissenschaft. Autorin von Büchern und Aufsätzen u.a. zur Grammatiktheorie.

Brunhilde Sauer-Burghard, geb. 1943, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Volkswirtschaft und Jura, Akademische Oberrätin an der Universität Köln, Arbeitsschwerpunkte: Sozio-historische Frauenforschung, geschlechtliche Arbeitsteilung und geschlechtsspezifische Sozialisation.

Christina Schenk, geb. 1952, Diplom-Physikerin, postgraduales Studium der Soziologie; seit 1984 in der Lesbengruppe Berlin, Mitbegründerin des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) und eine von dessen Vertreterinnen am Runden Tisch der DDR, seit 1990 Bundestagsabgeordnete des UFV (Gruppe Bündnis 90/Die Grünen); z. Zt. Fernstudium Soziologie/Politologie.

Christiane Schindler, geb. 1957, Diplom-Ökonomin, Mitbegründerin des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), gegenwärtig wissenschaftliche Mitarbeiterin von Christina Schenk, MdB.

Brigitte Sellach, geb. 1943, Sozialarbeiterin, Soziologin, Staatssekretärin a.D..

Henny Taraschewski, 45 Jahre, Sozialarbeiterin; Mitarbeiterin im Frauenhaus Köln, Frauenferienhaus Zülpich, im Verein Frauensicht e.V. (früher: Verein zur Weiterbildung für Frauen), Frauenlandhaus Charlottenberg und seit 1989 Mädchenhaus Köln.

Arzu Toker, geb. 1952, zwei Kinder, Autodidaktin, freischaffende Autorin/Journalistin, schreibt Lyrik, Prosa und Theaterstücke; Schwerpunktthemen: Kulturpolitik und Nation/Nationalismus und ImmigrantInnenpolitik.

Barbara Walker, geb. 1954, Jamaikanerin, Künstlerin. Ihre künstlerische Arbeit ist geprägt von politischen und feministischen Themen. In den letzten Jahren hat sie viele Arbeiten zum Thema „Mutter Erde" und „die Göttin" gemacht. Sie engagiert sich sehr im Bereich der Förderung von interkulturellem Austausch und Verständigung. Nach fast 21 Jahren in Europa kehrt sie im dieses Jahr zurück nach Jamaika, wo sie zusammen mit ihrer Lebensgefährtin ein kleines Hotel für Frauen eröffnen wird.

Christa Wichterich, geb. 1949, Soziologin, profitiert seit zehn Jahren als Gutachterin für Projekte und teilweise auch als Journalistin vom Entwicklungshilfegeschäft; Arbeitsschwerpunkte: Frauenarbeit und -bewegung im Süden, Bevölkerungspolitik, Ökologie.